Ressort: Gesundheit

Monopolkommission will Apothekenpreise teilweise freigeben

Berlin, 10.12.2018, 04:00 Uhr

GDN - Die Monopolkommission hat einen Vorschlag zur Reform der Apotheker-Vergütung erarbeitet. Das von der Bundesregierung berufene Expertengremium schlägt laut eines Berichts der "Welt" (Montagsausgabe) vor, die bisher gesetzlich festgesetzten Apothekenpreise freizugeben, sodass Apotheken künftig nach eigenem Ermessen Rabatte auf die Medikamentenpreise geben können.

"Es sollte allen Apotheken freigestellt werden, den Patienten einen Rabatt bis maximal in Höhe der Zuzahlung gesetzliche Versicherter zu gewähren", schreibt das Gremium in dem bisher unveröffentlichten Papier. "Dies würde eine Zunahme des Wettbewerbs zwischen Apotheken auslösen, die neben der Servicequalität dann auch über den Preis konkurrieren." Die Wettbewerbsexperten wollen auf diese Weise einen Preiswettbewerb zwischen den Apotheken entfachen und hoffen darauf, dass der Wettbewerb dafür sorgen wird, dass Krankenkassen, private Krankenversicherungen und Patienten künftig weniger für Arzneimittel zahlen. Die Monopolkommission erwartet, dass der Preiswettbewerb vor allem in den Städten stattfinden wird, wo viele Apotheken auf engem Raum um Patienten konkurrieren. "Rabatte würden daher vor allem Apotheken in Städten und dicht besiedelten Regionen betroffen, während auf dem Land die Konkurrenz geringer, ist, da hier einzelne Apotheken oft große Regionen versorgen", schreiben die Verfasser des Vorschlags. Der Preiswettbewerb in den Städten würde dafür sorgen, dass Krankenkassen und Patienten ganz automatisch weniger für verschreibungspflichtige Medikamente zahlen müssten. Die Bundesregierung könnte so darauf verzichten, die Vergütungssätze zu kürzen, wie es ein Gutachten für das Wirtschaftsministerium vorschlägt. "Die Möglichkeit Rabatte zu geben, würde die Preise im Falle einer Überversorgung selbständig anpassen", heißt es in dem Papier. Langfristig wollen die Wettbewerbsexperten das Vergütungssystem noch stärker umbauen: Die gesetzlich festgelegten Zuzahlungen, die Kassenpatienten für verschreibungspflichtige Medikamente leisten müssen, sollen demnach gestrichen werden. Stattdessen sollen Apotheken eine Servicegebühr verlangen können, die maximal so hoch sein soll wie die heutigen Zuzahlungen. Das Kalkül: Dann würden die Apotheken auch noch über die Höhe der Servicegebühr miteinander konkurrieren und das dürfte die Preise langfristig weiter drücken. Ein Gutachten der Beratungsgesellschaft 2hm im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums kam Ende vergangenen Jahres zu dem Schluss, dass die Apotheken hierzulande unterm Strich zu viel Geld von den gesetzlichen Krankenkassen, privaten Versicherungen und Patienten bekommen. Die Berater haben in ihrem Papier eine Preisreform vorgeschlagen, durch die rund 1,3 Milliarden Euro weniger in die Kassen der Apotheken fließen sollen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will darüber am Dienstag mit den Vertretern der Apothekervereinigung ABDA diskutieren. Auf Initiative der Grünen wird das Gutachten zudem am Mittwoch dieser Woche im Wirtschaftsausschuss des Bundestags Thema sein.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-116679/monopolkommission-will-apothekenpreise-teilweise-freigeben.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com